

MENSCHEN. RECHTE.

M Ö G L I C H K E I T E N

EIN PROJEKT DES VEN ZU DEN
WIRTSCHAFTLICHEN, SOZIALEN UND
KULTURELLEN MENSCHENRECHTEN



VERBAND
ENTWICKLUNGSPOLITIK
NIEDERSACHSEN E.V.

INHALT

- 3 Grußwort Jean Ziegler
- 4 Was heißt da „Rechte“?
- 6 Rechte statt nur Hilfe
- 8 Ein rechtsbasierter Ansatz von Entwicklung
- 9 Das Wichtigste an den wsk-Rechten
- 12 Das VEN Projekt „Menschen. Rechte. Möglichkeiten“
- 14 Die wsk-Rechte im Internet

Einige der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte:

- 15 Das Recht auf Ernährung
- 19 Das Recht auf Gesundheit
- 23 Das Recht auf Arbeit
- 27 Das Recht auf Bildung

Das Projekt „Menschen. Rechte. Möglichkeiten“ wurde von der UNESCO ausgezeichnet als Projekt der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung.



GRUSSWORT



Laut den Vereinten Nationen könnte unser Planet problemlos 12 Milliarden Menschen, also praktisch das Doppelte der gegen-

wärtigen Weltbevölkerung, ernähren. Das tägliche Sterben an Hunger, das in eisiger Normalität vor sich geht, ist also menschengemacht. Ein Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet! Deshalb ist die Durchsetzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte heute so lebenswichtig für Hunderte von Millionen Menschen. Die Kampagne des VEN dient genau diesem Ziel, ich unterstütze sie. Mit meiner Bewunderung, Solidarität und in respektvoller Freundschaft,

A handwritten signature in blue ink that reads "Jean Ziegler". The signature is fluid and cursive.

Ihr Jean Ziegler

Schirmherr von „Menschen. Rechte. Möglichkeiten“
Mitglied des Beraterkomitees des UN-Menschenrechtsrates,
Autor des Buches „Das Imperium der Schande“

WAS HEISST DA „RECHTE“?

Ernährung, Trinkwasser, Grundbildung, Gesundheitsversorgung, Arbeit, Wohnen, kulturelle Selbstbestimmung, soziale Sicherheit: Dies sind die wichtigsten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte (wsk-Rechte), jede Frau, jeder Mann und jedes Kind auf diesem Planeten hat sie, immer und überall.

Viele kennen diese Rechte nicht; sie sind jedoch gleichrangig gegenüber den politischen Menschenrechten, wie z.B. der Pressefreiheit oder dem Folterverbot. Und sie hängen eng miteinander zusammen: Wer aktiv das Recht auf freie Meinungsäußerung in Anspruch nehmen will, kann dies besser mit einem Bildungsabschluss tun. Umgekehrt ist das Recht auf Bildung ohne Meinungs- und Pressefreiheit nur schwer einzuklagen.

Schon die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948 hat diese Rechte festgeschrieben. 1976 ist der Internationale Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte („wsk-Pakt“) in Kraft getreten. Unterschrieben wurde er von 160 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, darunter auch Deutschland. Die Unterzeichnerländer haben sich verpflichtet, diese Rechte nach und nach in ihre nationale Gesetzgebung zu übertragen. Einige Länder haben die wsk-Rechte sogar direkt in ihre Verfassung aufgenommen, wie z.B. Südafrika. Auch das UN-Übereinkommen zur Beseitigung jedweder Diskriminierung von Frauen, die Kinderrechtskonvention, die Grundrechts-Charta des Europäischen Rates und andere internationale Verträge beziehen sich auf diese Rechte.





Für viele Menschen stehen diese Rechte nur auf dem Papier ...

Dem gegenüber steht die Wirklichkeit: Noch immer können sich die Handelsinteressen der Weltwirtschaft und einzelne Unternehmen mehr durchsetzen als die Rechte von Menschen. Sie gelten zwar für Alle, aber für viele Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika stehen diese Rechte nur auf dem Papier. Insgesamt leben 1,4 Milliarden Menschen unterhalb der absoluten Armutsgrenze von 1,25 US\$ pro Tag (Weltbank, 2009). In den Randgebieten der Großstädte Nigerias, auf den Maisfeldern Perus und in den Fischerdörfern Vietnams hat nur ein Bruchteil der Menschen eine ausreichende Gesundheitsversorgung oder irgendeine Alterssicherung. Traditionelle Versorgungssysteme können dies oft nicht (mehr) auffangen.

ERNÄHRUNG

WOHNEN

ARBEIT

KULTURELLE SELBSTBESTIMMUNG

GESUNDHEITSVERSORGUNG

SOZIALE SICHERHEIT

TRINKWASSER

GRUNDBILDUNG



Es gilt, Menschen als Träger von Rechten wahrzunehmen ...

RECHTE STATT NUR HILFE!

Oft sehen wir die Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika nur als Hilfsempfänger und nicht als Träger von einklagbaren Rechten. Löst das Zeitungsfoto einer brasilianischen Kleinbäuerin, die von ihrem Land vertrieben wurde, in mir das Bild eines spendenbedürftigen, hilflosen Menschen aus? Oder sehe ich eine eigenständige, handlungsfähige Persönlichkeit, deren Recht auf Nahrung verletzt wird?

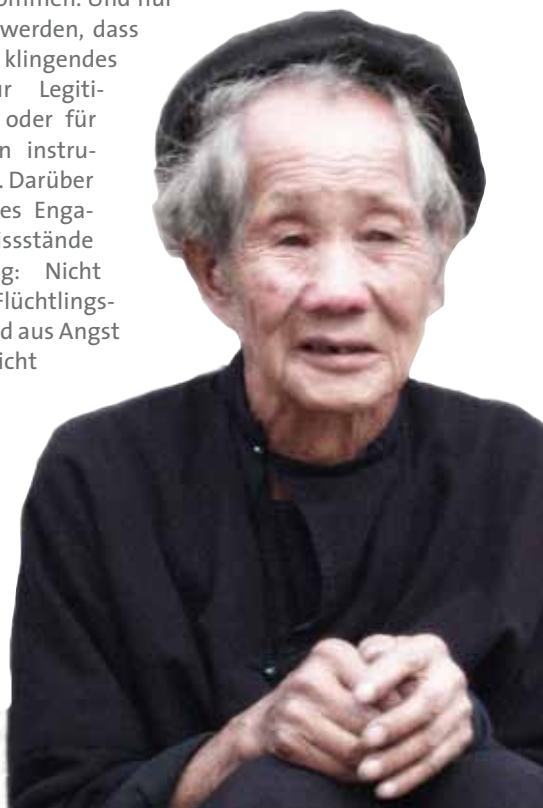
Es gilt, Menschen als Träger von Rechten wahrzunehmen. Auch die Vereinten Nationen stärken diesen Blickwinkel: Auf Initiative des UN-Entwicklungsprogramms UNDP liegt allen Programmen und Vorhaben der UNO mittlerweile ein menschenrechtsorientierter Ansatz zugrunde.

Viele Menschen haben viele Ideen! Wo aufgrund der politischen Situation oder schlicht aus Armut die Rechte verwehrt werden, bringen sich Menschen in zahllosen Projekten und Aktivitäten selbst in die Lage, sich für ihre Rechte einzusetzen und ihre Situation zu verbessern. Seien es Kleinbauern-Genossenschaften zum Austausch von Saatgut in Tansania, Spargruppen zur Finanzierung von Kleinstunternehmen in Bolivien oder der eigenständig

organisierte Aufbau von Dorfschulen mit Solaranlagen in Indien – „Entwicklung“ findet dann nicht von außen gelenkt statt; das machen die Menschen selber.

Natürlich gilt auch hier: Der Norden (die „Industrieländer“) und der Süden (die „Entwicklungsländer“) sind eng miteinander verflochten. **Es geht uns etwas an, wie und ob in ärmeren Gesellschaften des globalen Südens Rechte existieren. Und wir können Beiträge leisten, damit sich dort die Situation in den Bereichen Ernährung, Gesundheit, Bildung und Arbeit verbessert und Menschen ihre Rechte in Anspruch nehmen können.** Ob politisches Engagement für einen gerechteren Welthandel, Schuldenerlass, fairer Handel, klimafreundliche Mobilität oder Einsatz gegen die Privatisierung von sozialen Dienstleistungen – immer gibt es einen Bezug zum globalen Süden. Durch unser Engagement stärken wir eine Diskussion um diese Themen und um die Menschenrechte auch in Deutschland. Und wir tragen zum Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele bei („Weltweite Armut halbieren bis zum Jahr 2015“).

Gesellschaftliche Bewegungen und Organisationen in Deutschland sollten sich deutlicher zu einem rechtsbasierten Ansatz bekennen. Nur durch seine beharrliche Thematisierung kann es zu einem schrittweisen Wandel vom Hilfs- zum Rechtsansatz kommen. Und nur so kann verhindert werden, dass Rechte als schön klingendes Aushängeschild zur Legitimation von Macht oder für einseitige Interessen instrumentalisiert werden. Darüber hinaus bleibt eigenes Engagement auch für Missstände hierzulande wichtig: Nicht wegsehen wenn Flüchtlingskinder in Deutschland aus Angst vor Abschiebung nicht in die Schule gehen können! Nicht schweigen, wenn das System der Gesundheitsfürsorge schleichend privatisiert werden soll!



EIN RECHTSBASIERTER ANSATZ VON ENTWICKLUNG

... bedeutet einen Perspektiv-Wechsel, der arme Menschen nicht als Almosenempfänger betrachtet, sondern sie aus Respekt vor ihrer menschlichen Würde als Träger von international vereinbarten Menschenrechten unterstützt. Dementsprechend werden Bedürfnisse als Menschenrechts-Angelegenheiten formuliert. Grundlegende Mangelsituationen sind demnach als Nichterfüllung dieser Rechte einzustufen.

Orientierung an den Grundrechten („basic rights“), statt nur an den Grundbedürfnissen („basic needs“). Ein Bezug auf menschenrechtliche Normen, Grundwerte und die dazugehörigen Vereinbarungen (z.B. UN-Abkommen).

Orientierung an menschenrechtlichen Prinzipien wie der Teilhabe der Menschen an Entscheidungen, die sie betreffen, an Chancengleichheit und Nicht-Diskriminierung im Zugang zu Rechten. Dazu gehört auch, sogenannte „Pflichtträger“, also z.B. Regierungen, Schulbehörden oder auch Wirtschaftsunternehmen zu Rechenschaft und Transparenz aufzufordern.

Berücksichtigung des engen Zusammenhangs von einzelnen Rechten: Das Recht auf Ernährung hängt mit dem Recht auf Gesundheit zusammen, welches wiederum mit dem Recht auf kostenfreie Grundbildung in Verbindung steht, etc.





Die Rechte gelten für jeden Menschen, immer und überall

DAS WICHTIGSTE AN DEN WSK-RECHTEN

Der Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte (wsk-Pakt) verpflichtet alle 149 Unterzeichnerstaaten, „zu gewährleisten, dass die verkündeten Rechte ohne Diskriminierung hinsichtlich der Rasse, Hautfarbe, der politischen oder sonstigen Anschauung oder sozialen Herkunft ausgeübt werden“ (Art.2, wsk-Pakt).

Alle Länder sollen außerdem dem UN-Ausschuss für wsk-Rechte regelmäßig über die Fortschritte zu deren Verwirklichung berichten. Dabei bezieht sich der Ausschuss für seine Empfehlungen auch auf die Berichte von nichtstaatlichen Organisationen wie z.B. Amnesty International.

Wie für alle Menschenrechte gilt auch für die wsk-Rechte:

- Die Rechte gelten für jeden Menschen, immer und überall (Allgemeingültigkeit)
- Die Rechte können niemandem genommen werden (Unveräußerlichkeit)
- Die Rechte gehören untrennbar zusammen und bedingen einander (Unteilbarkeit)



Alle Bewohner/innen eines Staates sollen sich für die Durchsetzung ihrer Rechte engagieren können

- Staaten/Regierungen sind verpflichtet, Menschenrechte zu achten (z.B. bestimmten Gruppen den Zugang zu Bildung nicht zu verwehren), vor Eingriffen durch Dritte zu schützen und **die Rechte zu gewährleisten**.
- Staaten sollen ihre Maßnahmen für die Rechte öffentlich dokumentieren (**Rechenschaftspflicht**).
- Alle Bewohner/innen eines Staates sollen sich für die Durchsetzung ihrer Rechte einsetzen können (**Beteiligung und Empowerment**).





Funktionierende Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge müssen in ausreichender Menge vorhanden sein

Zur Gewährleistung von Rechten gehören vier Prinzipien, die hier anhand des Beispiels „Recht auf Gesundheit“ dargestellt werden:

- **Verfügbarkeit:** funktionierende Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge und der Basis-Versorgung müssen in ausreichender Menge vorhanden sein.
- **Zugang:** Gerade benachteiligte und arme Bevölkerungsgruppen müssen die Möglichkeit haben, grundlegende Gesundheitsdienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Eine räumliche Erreichbarkeit muss genauso gegeben sein wie eine finanzielle Erschwinglichkeit.
- **Akzeptanz:** Die Versorgung der Gesundheitsfürsorge muss zu den Bedürfnissen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen passen, kulturellen Besonderheiten Rechnung tragen und eine akzeptable Qualität haben.
- **Anpassungsfähigkeit:** Die Gesundheitsfürsorge muss flexibel sein und sich auf verändernde Bedürfnisse einstellen können.

(Quelle: UN-Hochkommissariat für Menschenrechte, 2008)



Jede/r kann auch hier bei der Verwirklichung der Rechte helfen

DAS VEN-PROJEKT ...

... „Menschen. Rechte. Möglichkeiten“ möchte diesen rechtsbasierten Blick auf Entwicklung unterstützen. Wir zeigen,

- dass Menschen in der Lage sind, ihre Rechte einzufordern und dass Armutsbekämpfung sich als besonders erfolgreich erwiesen hat, wo Menschen sich ihre Mitspracherechte selber erkämpft haben,
- dass überall auf der Welt unzählige Aktivitäten statt finden, in denen Menschen, manchmal auch unbewusst, an der Verwirklichung ihrer Rechte arbeiten und Erfolg damit haben,
- dass jede/r Einzelne von uns Beiträge leisten kann, die die Menschen im globalen Süden bei der Inanspruchnahme ihrer Rechte unterstützen,
- dass mit dem Engagement für die sozialen Rechte in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas und den damit aufkommenden Forderungen auch die Menschenrechte hierzulande gestärkt werden.

MENSCHEN. RECHTE.

M Ö G L I C H K E I T E N

UNSERE ANGEBOTE

- Ein Hörbuch, in dem Menschen aus verschiedenen Ländern mit ihren Erfolgsgeschichten zu Wort kommen, plus einer Erläuterung der wsk-Rechte.
- „Menschen. Rechte. Möglichkeiten“ kommt zu Ihnen. Wir bieten eine **Veranstaltung oder Präsentation** in ihrer Stadt/Region in Niedersachsen an – ob im Rathaus, auf Ihrer Vereinsversammlung, in Ihrer Kirchengemeinde, für Jugendverbände, engagierte Gruppen oder Weltläden. Dabei bemühen wir uns, einen internationalen Gast mit einzuladen, der aus erster Hand von erfolgreichen Projekten erzählt, um den wsk-Rechten ein Gesicht zu geben.
- Wir führen eine Präsentation oder einen **Workshop in Ihrer Schule** zu den wsk-Rechten durch. Anstatt mit Texten und Statistiken arbeiten wir mit Bildern und Geschichten. Länge und Schwerpunktthema sind flexibel.
- Ein **niedersachsenweiter Kongress** zu den wsk-Rechten wird voraussichtlich Anfang 2011 statt finden. Aktuelle Infos zum Projekt unter www.ven-nds.de
- Wir beraten in Fragen der **Organisation, Durchführung oder Finanzierung** von entwicklungspolitischen Veranstaltungen.





DIE WSK-RECHTE IM WEB

www.institut-fuer-menschenrechte.de

Das Institut für Menschenrechte in Berlin

www.menschenrechte.org

Das Nürnberger Menschenrechtszentrum

www.humanrights.ch

Der Schweizer Verein Humanrights

www.hrw.org/german

Human Rights Watch auf deutsch

www.un.org/rights

Die Menschenrechtsseite der Vereinten Nationen

www.ohchr.org

Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte in Genf

www.ilo.org

Die Internationale Arbeitsorganisation der UNO

www.fian.de

Nichtregierungsorganisation für das Recht auf Nahrung

www.amnesty.de

amnesty international, Deutsche Sektion

www.tdh.de

Die Kinderrechtsorganisation terre des hommes

www.medico.de

medico international arbeitet im Gesundheitsbereich

www.aswnet.de/menschenrechte

Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt

www.ven-nds.de

Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen



DAS RECHT AUF ERNÄHRUNG



Die Wurzeln des Hungers liegen nicht in einer unzureichenden Lebensmittelmenge, sondern am mangelnden Zugang dazu

DAS PROBLEM Laut der UN-Organisation für Ernährung FAO (2009) leiden fast 1,02 Milliarden Menschen an chronischer Unterernährung, dies sind 175 Millionen mehr als im Jahr 1999. Im Wsk-Pakt ist festgelegt, dass jeder Mensch Zugang zu ausreichender Ernährung, bzw. zu fruchtbarem Land oder anderen Ressourcen haben muss. „Grundsätzlich liegen die Wurzeln von Hunger und Fehlernährung nicht in einer unzureichenden Lebensmittelmenge, sondern am mangelnden Zugang dazu“, so das UN-Komitee für Wsk-Rechte. Das Recht auf Nahrung ist verletzt, wenn eine Regierung nicht alles in ihrer Macht stehende unternimmt, um ihrer Bevölkerung eine ausreichende Ernährung zu ermöglichen. Damit ist keine flächendeckende Versorgung mit Lebensmitteln gemeint, sondern das Schaffen von Voraussetzungen, um sich selber zu ernähren. Zum Beispiel durch gesetzliche Mindestlöhne oder mittels einer juristisch einklagbaren Widerspruchsmöglichkeit gegen Enteignung von Land.



Krishnammal Jagannathan setzt sich für das Recht auf Nahrung ein

DIE GUTE NACHRICHT Krishnammal Jagannathan aus Indiens Bundesstaat Tamil Nadu gründete die Organisation LAFTI (Land for the Tiller's Freedom). Sie setzt sich für die Idee Gandhis ein, dass landwirtschaftlich nutzbares Land gerecht verteilt wird. Sie erstritt, dass 13.000 Frauen der landlosen Dalits, der sogenannten „Unberührbaren“, in Eigenbesitz einer Parzelle von einem halben Hektar Ackerland kamen. Sie können jetzt eigenständig Gemüse anbauen. Gleichzeitig setzt sich die mittlerweile 83-jährige Jagannathan, die selber vor vielen Jahren mit Gandhi für Landrechte gestritten hat, mit friedlichen Mitteln für die Rechte der Dalits auf Arbeit und menschenwürdige Wohnbedingungen ein. In dem Rahmen engagiert sie sich auch gegen industrielle Garnelenfarmen, die für den Luxuskonsum in Europa den Dörfern an Indiens Südküste das Land und den Zugang zu Trinkwasser nehmen. Für ihr Engagement erhielt sie 2008 den alternativen Friedensnobelpreis. Frau Jagannathan kommt auf dem VEN-Hörbuch zu den wsk-Rechten zu Wort. Ihre Arbeit wird von der Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt unterstützt.



Die Kultur des bewussten Konsums: Produkte aus ökologischem, möglichst regionalem Anbau und aus fairem Handel

UNSER BEITRAG Obwohl vorrangig die einzelnen Nationalstaaten für die Verwirklichung von Rechten zuständig sind, trägt auch der weltweite Handel mit Waren und Dienstleistungen oftmals zur Verletzung des Rechtes auf Nahrung bei. Zusätzlich können durch den Klimawandel zahlreiche Länder ihren Nahrungsmittelbedarf kaum noch decken. Unser hoher Ressourcenverbrauch und unsere Mobilitäts- und Energiebedürfnisse hierzulande haben einen erheblichen Anteil an der Verursachung dieser Probleme. Wir können daher eine Kultur des bewussten Konsums entwickeln. Dies umfasst Produkte aus fairem Handel und aus ökologischem, möglichst regionalem Anbau, weniger Fleischverzehr und den Verzicht auf Produkte, für deren Anbau Menschen enteignet worden sind. Die schnelle Senkung von Treibhausgas-Emissionen gehört auch dazu. All dies passiert allerdings nur, wenn es gleichzeitig ein politisches Bewusstsein und Engagement für diese Themen in der Bevölkerung gibt, etwa für einen ökofairen Umbau des Welthandels, sowie eine wirksame Kontrolle von Großkonzernen und Finanzinstitutionen.



DAS RECHT AUF GESUNDHEIT



Auch der Zugang zu sauberem Trinkwasser gehört zu den Rechten

DAS PROBLEM 880 Millionen Menschen weltweit haben keinen Zugang zu medizinischer Grundversorgung (laut Oxfam), 17 Millionen sterben an heilbaren Krankheiten wie Durchfall, Malaria und Tuberkulose, 5 Millionen davon aufgrund des mangelnden Zugangs zu sauberem Trinkwasser. **Das Recht jedes Einzelnen auf das höchste erreichbare Maß an Gesundheit umfasst mehrere Einzelrechte.** Zentral ist dabei der sichere und erschwingliche Zugang zu einer Gesundheitsversorgung ohne Diskriminierung einzelner gesellschaftlicher Gruppen. Dazu gehört aber auch der Zugang zu sauberem Trinkwasser, funktionierenden sanitären Systemen, sicheren Wohnverhältnissen und dem Schutz vor gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen. Auch die Vermittlung von Gesundheitswissen oder das Verbot von medizinischen Zwangsbehandlungen sind Teil des Rechts auf Gesundheit.



Gesundheitsarbeiterinnen in Bangladesch gehen in die Dörfer

DIE GUTE NACHRICHT Es gibt funktionierende Modelle: Die Gesundheitsprogramme der Organisation Gonoshasthaya Kendra (GK) in Bangladesch erreichen über eine Million armer Menschen, vor allem in ländlichen Gegenden. Ein kleiner, aber revolutionärer Schritt war, dass nicht allein auf die wenigen Ärzte und Krankenschwestern in Bangladesch gesetzt wird. Vielmehr gehen junge Frauen als „Gesundheitsarbeiterinnen“ in die Dörfer um sich dort um Gesundheitsprobleme zu kümmern, unter Mitwirkung von Dorfautoritäten und traditionellen Hebammen – keine Selbstverständlichkeit im muslimischen Bangladesch. Dabei werden nicht nur Krankheiten behandelt und Schwangere, Neugeborene und alte Menschen betreut, sondern die Menschen werden in Gesundheits- und Ernährungsfragen beraten und Frauen werden gestärkt, die Gesundheitsvorsorge in die eigenen Hände zu nehmen. Mit diesem basisorientierten Ansatz wurde in den Dörfern bereits 2008 das UN-Millenniumsziel 6 (die Senkung der Müttersterblichkeit) erreicht. GK wird dabei auch von medico international unterstützt.



Viele Medikamente sind unerschwinglich

UNSER BEITRAG Hierzulande können wir uns für die Lockerung von Patenten und die Änderung der Patentregeln für Medikamente, die von europäischen Pharmaunternehmen hergestellt wurden, einsetzen. Die Patentrechte machen es ärmeren Ländern zunehmend unmöglich, neue lebensnotwendige Medikamente rasch selbst herzustellen. Deutschlands Stimme in der Welthandelsorganisation WTO sollte sich klar zu dem Recht auf Gesundheit positionieren, anstatt den einseitigen Profitinteressen einiger Pharmakonzerne zu dienen. **Auch ein größeres Engagement für die öffentliche Forschung und Entwicklung von Präparaten für vernachlässigte Krankheiten wie Malaria oder Tuberkulose, muß von der Bundesregierung und der EU kommen.** Am Recht auf Gesundheit erkennt man außerdem die Vernetzung von unterschiedlichen Problemen: Eine verbesserte Ernährungssituation bedeutet auch bessere Möglichkeiten, mit Krankheiten umzugehen. Und der Erhalt der ökologischen Vielfalt und eines stabilen Weltklimas garantiert auch zukünftigen Generationen die Erschließung von pflanzlichen Medikamenten und deren Wirkstoffen.



DAS RECHT AUF ARBEIT



Ca. 360 Mio Menschen verdienen nicht genug, um sich und ihre Familien zu ernähren

DAS PROBLEM Über Dreiviertel aller arbeitenden Menschen in Afrika und Südasien arbeiten unter ungesicherten Bedingungen, der Anteil von Frauen liegt sogar bei ca. 85% (ILO 2009). Schätzungsweise 360 Millionen Menschen verdienen durch ihre Erwerbsarbeit nicht genug, um sich und ihre Familien zu ernähren. **Das Recht auf Arbeit umfasst eine diskriminierungsfreie Berufswahl und die Sicherheit, unter menschenwürdigen Bedingungen arbeiten zu können.** Damit ist jedoch kein individueller Anspruch auf einen Arbeitsplatz gemeint, sondern das Recht auf Schutz vor unverschuldeter Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus soll bei gleicher Leistung der gleiche Lohn gezahlt werden. Dieser sollte für die Versorgung der Familie ausreichend und existenzsichernd sein. Zum Schutz und zur Durchsetzung dieser Rechte gibt es weiterhin das Recht, Berufsvereinigungen zu bilden und ihnen beizutreten.



Streik der Arbeiter des mexikanischen Euzkadi-Reifenwerkes

DIE GUTE NACHRICHT Nach der Übernahme des Euzkadi-Autoreifenwerkes in El Salto/Mexiko durch Continental-Reifen verfügte der Konzern einen beispiellosen Abbau von Arbeitsrechten und Lohnsenkungen. Als die Arbeiter von Euzkadi dem nicht zustimmen wollten, schloss Continental im Dezember 2001 unangekündigt die Fabrik. Die Arbeiter gingen sofort in einen unbefristeten Streik und verhinderten, dass die Maschinen entfernt werden. **Nach dreijährigem Arbeitskampf, Blockaden und Verhandlungen wurde dieser Streik schließlich von den höchsten mexikanischen Gerichten für rechtmäßig erklärt.** Statt Entschädigungszahlungen einzufordern, verhandelten die Arbeiter mit Continental, dass ihnen das Werk mehrheitlich überlassen wird – es ging um das Recht auf Arbeit, nicht um Bargeld. Sie übernahmen das Werk in eigener Regie und überführten es in eine Genossenschaft. Diese produziert bis zum heutigen Tag Autoreifen, es gab bislang keine Entlassungen. Enrique Gomez von Euzkadi erzählt den Reality-Krimi von der Werkschließung bis zur Übernahme durch die Arbeiter im VEN-Hörbuch.



Unterstützung der Kampagne für Saubere Kleidung, die sich für mehr Rechte in der globalisierten Sportbekleidungsindustrie einsetzt

UNSER BEITRAG Das Engagement von Initiativen und Gruppen im Bereich Menschenrechte kann viel bewegen. Ohne die Solidarität von deutschen Organisationen und Gewerkschaften wäre es den Euzkadi-Arbeitern nie gelungen, ihr Anliegen auf der Continental-Aktionärsversammlung vorzutragen. Engagement für das Recht auf Arbeit umfasst auch z.B. die Unterstützung der Kampagne für Saubere Kleidung, die sich für Arbeitnehmer/ innenrechte in der globalisierten Sportbekleidungsindustrie einsetzt. **Fragen Sie beim Kauf von Sportschuhen und anderen Konsumprodukten (z.B. Handys), ob für deren Produktion die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO eingehalten wurden.** Diese sind: Keine Kinderarbeit, keine Zwangsarbeit, keine Diskriminierungen am Arbeitsplatz und keine Unterdrückung von Gewerkschaftsarbeit. Nachfragen lohnt sich: Nur aufgrund des öffentlichen Interesses und einer dementsprechenden Nachfrage bieten z.B. Kleiderhersteller zunehmend auch Hemden aus biologisch angebaute Baumwolle an. Handyproduzenten veröffentlichten erst durch den zunehmenden Druck der Öffentlichkeit die Strahlungswerte ihrer Telefone.



DAS RECHT AUF BILLDUNG



Schuften statt Schule: Ca. 218 Millionen Kinder müssen arbeiten

DAS PROBLEM Noch immer gibt es ca. 800 Millionen Analphabet/innen weltweit. Vor allem Mädchen und Frauen sind benachteiligt, fast zwei Drittel der Analphabet/innen sind weiblich. Insgesamt sinkt die Rate glücklicherweise. Trotzdem fehlen allein in Indien 100.000 Grundschulen. Laut der Internationalen Arbeitsorganisation ILO müssen ca. 218 Millionen Kinder arbeiten – schuften statt Schule. Das Recht auf Bildung umfasst eine unentgeltliche Grundbildung für Kinder und, wo nötig, Erwachsene, einen nicht-diskriminierenden, gleichberechtigten Schulzugang aller Kinder eines Landes, die Möglichkeit, die Schule frei wählen zu können, sowie die Ausformulierung von konkreten Bildungszielen. Bildung gilt als „empowerment right“, stellt also eine zentrale Voraussetzung dar, die Menschen in die Lage versetzt, sich für andere Rechte eigenständig einzusetzen. Wenn also das Recht auf Bildung verwirklicht wird, stärkt es auch andere Menschenrechte.



Edilberto Noguera aus Cartagena/Kolumbien

DIE GUTE NACHRICHT Edilberto Noguera aus der kolumbianischen Küstenstadt Cartagena hat als Afro-Kolumbianer in seiner Kindheit selber unter Diskriminierung gelitten. Eine gute Schulbildung war ihm allein durch seine Hautfarbe und Herkunft vorenthalten. Edilberto hat jedoch seine Situation überwunden und arbeitet heute für die Organisation FUNSAREP in den ärmeren Stadtteilen Cartagenas. **Dort entwickelt er gemeinsam mit Kinder- und Jugendgruppen konkrete Forderungen und führt Kurse durch, wie junge Menschen ihre Bildungssituation verbessern und sich außerdem besser in der Stadt für ihre Rechte einsetzen können.** Jeder teilnehmende Jugendliche ist gleichzeitig Multiplikator/in, gibt seine Erkenntnisse in Lernzirkeln im Stadtteil an Andere weiter. So erreicht FUNSAREP mehr und mehr junge Menschen, die an Selbstvertrauen gewinnen, ihr Recht auf Bildung und Beteiligung einzufordern. FUNSAREP wird auch von terre des hommes Deutschland unterstützt.



Ein Schuldenerlass kann Gelder für den Bildungsetat freisetzen

UNSER BEITRAG Ein Schuldenerlass kann eine wichtige Voraussetzung sein, damit ein Staat das Recht auf Bildung gewährt: In Tansania hat beispielsweise die Regierung nach der Entschuldung die Grundschulgebühren abgeschafft. Danach stieg die Einschulungsquote von 57% (2000) auf 95% (2005) an. Viele Milliarden Euro Schulden der ärmeren Länder wurden von Diktatoren aufgenommen, von denen die Bevölkerung nie profitiert hat. Auch deutsche Kreditinstitute und der Staat (z.B. die KfW) vergaben Kredite und tun dies noch immer – nicht jedoch immer im Sinne der lokalen Bevölkerung. So sind Schulden, die von nicht-gewählten Herrschern gemacht wurden und die nie der Bevölkerung zugute kamen, illegitim. **Wir sollten uns bei privaten und staatlichen Banken dafür einsetzen, dass diese Schulden vorzeitig erlassen werden, damit Finanzmittel für den freien Zugang zu Grundbildung, bzw. die Umsetzung des UN-Beschlusses „Bildung für alle“ frei werden.**

"Arme sind nicht in erster Linie Opfer, sondern verhinderte Akteure. Weit davon entfernt, nur Bedürftige zu sein, die auf Versorgung warten, sind sie viel eher Bürgerinnen und Bürger, die ohne Rechte, ohne Habe, ohne Besitztitel und ohne politischen Einfluss ihr Leben fristen müssen."

Studie zukunftsfähiges Deutschland, Frankfurt am Main 2008

FÖRDERUNG UND KOOPERATION Das Projekt findet statt in Kooperation mit der Stiftung Leben und Umwelt / Heinrich Böll Stiftung Niedersachsen. Der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V. bedankt sich für die Projektförderung bei der niedersächsischen Lottostiftung, dem Evangelischen Entwicklungsdienst eed und InWEnt gGmbH aus Mitteln des BMZ.



 **STIFTUNG LEBEN & UMWELT**
HEINRICH BÖLL STIFTUNG NIEDERSACHSEN

 **NIEDERSÄCHSISCHE
LOTTOSTIFTUNG**
Projektförderung aus Erträgen von
BINGO!
Die Umweltlotterie

 **eed**
Evangelischer
Entwicklungsdienst

IMPRESSUM TEXT Christian Cray REDAKTION Christian Cray, VEN, Hausmannstr. 9-10, 30159 Hannover BILDER Niall Crotty (1, 8)*; Jean Ziegler (3); Bazil Raubach (4)*; Sofia Henriques (5)*; Jon Ng (6, 9)*; Nico van Geldere (7)*; 24zwoelf.de (10, 18, 26); Adam Ciesielski (11)*; attac Oldenburg (12) Hagit (13, 24)*, Marc C. Johnson (15)*; Leonard (16) **, LAFTI (17); Wojciech Wolak (19)*; Wilhjelm (20)*; medico international (21, 22); Faakhir Rizvi (23)*; Arbeitskreis Regionalgeschichte (25); Christoph Schmitz (27); Joe Earwicker (28); Alexander Neira Marimón (29, 30); * www.sxc.hu ** www.photocase.com GRAFIK www.24zwoelf.de HANNOVER 2008

DER VEN

Der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen VEN ist das niedersachsenweite Landesnetz der entwicklungspolitischen Initiativen, Gruppen und Weltläden. Wir engagieren uns für Veränderungen in den „Industrieländern“, um die Entwicklungschancen in den ärmeren Ländern zu verbessern. Dazu gehört besonders, das öffentliche Bewusstsein in Niedersachsen für Fragen der Globalisierung und Entwicklungspolitik zu stärken. Wir vernetzen engagierte Gruppen und Initiativen und bieten Beratung und Unterstützung in den Bereichen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, Finanzierung und Planung von Eine-Welt-Projekten. Wir organisieren Kampagnen und Aktionen zu Themen wie Menschenrechte, Klimawandel, Welthandel/Fairer Handel, Millenniumsziele und globaler Umweltschutz.

Jede Stimme macht uns dabei stärker – wir freuen uns über neue Mitglieder und Spender/innen! Spendenkonto: Nr. 86 26 602, Volksbank Barnstorf, BLZ 250 695 03. Eine Jahresmitgliedschaft kostet 66 Euro.

KONTAKT

Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen
Projekt Menschen. Rechte. Möglichkeiten
Christian Cray
Hausmannstr. 9-10
30159 Hannover
Tel. 0511-39 08 89 81
cray@ven-nds.de

www.ven-nds.de



**VERBAND
ENTWICKLUNGSPOLITIK
NIEDERSACHSEN E.V.**